

ÖFFENTLICHE SITZUNGSNIEDER- SCHRIFT

Gremium		
Ausschuss für Umwelt und Stadtentwicklung		
Sitzungsort Sitzungssaal, 2. OG, VG I, Hauptstraße 14		
Datum 19.06.2012	Beginn 17:00 Uhr	Ende 19:05 Uhr

Zur heutigen Sitzung sind folgende Damen und Herren ordnungsgemäß eingeladen worden und sind anwesend:

Mitglieder

Christoforidou, Elissavet
Tempel, Gabriele
Heinemann, Manfred
Lusebrink, Hans-Otto
Speckenbach, Benjamin
Zeilert, Hans-Jürgen
Stark, Wolfgang
Weidenfeld, Uwe
Sieker, Dieter
Feldmann, Jürgen
Hölscher, Bodo
Hannuschka, Lutz
Hense, Frank

Bis 18:55 Uhr - TOP B 2

Vertretung für Herrn Nockemann
Vertretung für Herrn Beckmann

beratende Sitzungsteilnehmer/innen

Mazzarisi, Calogero

Ratsmitglied als Vertreter

Philipp, Gerd E.
Schwabe, Bernd Ulrich

Vertretung für Herrn Kirschner
Vertretung für Herrn Winkelsträter

Vorsitzender

Schier, Klaus Peter

stellv. Vorsitzender

Rindermann, Horst

Sitzungsteilnehmer/innen von der TBS AÖR

Flocke, Markus

Sitzungsteilnehmer/innen von der Verwaltung

Guthier, Wilfried
Lethmate, Egbert

Sormund, Frank
Stobbe, Jochen

Schriftführer/in

Dember, Annette

Abwesend:

Mitglieder

Winkelsträter, Fabian
Beckmann, Philipp J.
Kirschner, Thorsten

Vertretung durch Herrn Schwabe
Vertretung durch Herrn Hense
Vertretung durch Herrn Gerd Philipp

stellv. Vorsitzender

Nockemann, Frank

Vertretung durch Herrn Hannuschka

A Öffentliche Tagesordnung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch den Vorsitzenden
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 22.05.2012
- 4 Fragen der Einwohner/innen an Ausschuss und Verwaltung
- 5 Mitteilungen
- 5.1 ruhrFis - Flächeninformationssystem Ruhr
- 6 Aufgabenanalyse Stadtgrün 140/2012
- 7 Einzelhandelskonzept der Stadt Schwelm 2012 - Beschluss 112/2012
- 8 25. FNP-Änderung (Bereich Winterberg) 134/2012
 1. Aufhebung des alten Satzungsbeschlusses
 2. Ergebnis aus der erneuten öffentlichen Auslegung gem. § 3 (2) BauGB
 3. Satzungsbeschluss gem. § 10 (1) BauGB
- 9 Fragen / Mitteilungen des Ausschusses an die Verwaltung

Vor Eintritt in die Tagesordnung findet zunächst die Verpflichtung des neuen sachkundigen Bürgers Frank Hense statt. Der Vorsitzende liest zu diesem Zweck den Text der Verpflichtungserklärung vor, die sodann von Herrn Hense nachgesprochen wird. Mit einem Händedruck wird Herr Hense in sein neues Amt eingeführt.

Anschließend weist der Vorsitzende auf die vor der Sitzung ausgelegten Unterlagen hin, und schlägt vor, diese wie folgt in die Tagesordnung aufzunehmen:

1. Die Mitteilung „ruhrFIS“ unter TOP A 5
2. die nachgesandte Sitzungsvorlage Nr. 140/2012 „Aufgabenanalyse Stadtgrün“ unter TOP A 6
3. den Antrag der SWG v. 18.06.2012 zur SV Nr. 112/2012 unter TOP A 7
4. die Tischvorlage Nr. 134/2012 „25. FNP-Änderung (Bereich Winterberg)“ unter TOP A 8

Der Ausschuss stimmt diesem Vorgehen einstimmig zu.

A Öffentliche Tagesordnung

1 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch den Vorsitzenden

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Er stellt fest, dass die Ausschussmitglieder fristgerecht geladen wurden und Beschlussfähigkeit gegeben ist.

3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 22.05.2012

Die Verwaltung weist darauf hin, dass im Protokoll der letzten Sitzung auf Anraten des Datenschutzbeauftragten im öffentlichen Teil unter TOP 6 auf Seite 4 eine Protokollnotiz entfernt wurde. Das korrigierte Protokoll ist inzwischen im Ratsinformationssystem eingestellt.

Anmerkung der Verwaltung:

Die vorgenannte Protokollnotiz wird im nicht öffentlichen Teil der Niederschrift zur Kenntnis gegeben.

Sodann wird über die Genehmigung des Protokolls der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Stadtentwicklung vom 22.05.2012 wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	-
	dafür	14
	dagegen:	1
	Enthaltungen:	2

- mehrheitlich genehmigt -

4 Fragen der Einwohner/innen an Ausschuss und Verwaltung

Keine.

5 Mitteilungen

5.1 ruhrFis - Flächeninformationssystem Ruhr

Der Regionalverband-Ruhr (RVR) hat in gemeinschaftlicher Zusammenarbeit mit allen 53 Städten und Gemeinden im Verbandsgebiet, u. a. auch mit der Stadt Schwelm, einen Bericht zur "Erhebung der Siedlungsflächenreserven in den Flächennutzungsplänen und im regionalen Flächennutzungsplan" erstellt.

Die Erhebung steht beispielhaft für eine gelungene Zusammenarbeit.

Die Ergebnisse werden im Rahmen des Regionalen Diskurs eine Grundlage der begonnenen intensiven Diskussion über die zukünftige Siedlungsentwicklung in der Metropole Ruhr sein, die letztendlich auch im Entwurf zum Regionalplan Ruhr münden wird. Die Daten unterstützen daneben bereits heute erfolgreich die Prozessoptimierung und Beschleunigung landesplanerischer Anpassungsverfahren.

Der Bericht ist abrufbar auf der Webseite des RVR

(<http://www.metropoleruhr.de/regionalverbandruhr/regionalplanung/flaechenmonitoring-ruhrfis.html>)

6 Aufgabenanalyse Stadtgrün

140/2012

Zunächst weist die Verwaltung darauf hin, dass es sich hier um eine gemeinschaftliche Arbeit der Verwaltung und der TBS handelt. Hinsichtlich der in der Sitzungsvorlage aufgeführten Maßnahmen werden die aus dem Ausschuss an den Vorstand der TBS, Herrn Flocke sowie an Herrn Stockermann gestellten Fragen von diesen eingehend beantwortet. Herr Weidenfeld (Die Grünen) bittet im Zusammenhang mit der Diskussion über die Verwendung von Herbiziden um eine konkrete Aufstellung, wo und in welchen Fällen diese eingesetzt werden. Herr Stockermann sagt dies zu.

Der Vorsitzende bedankt sich bei den Herren Flocke und Stockermann für ihre Ausführungen.

7 Einzelhandelskonzept der Stadt Schwelm 2012 - Beschluss 112/2012

Beschlussvorschlag:

1. Das mit der Beschlussvorlage Nr. 112/2012 vorgelegte Einzelhandelskonzept für die Stadt Schwelm (Stand: 27.04.2012) wird einschließlich der Sortimentsliste als städtebauliches Entwicklungskonzept der Stadt Schwelm im Sinne des § 1 Abs. 6 Nr. 11 Baugesetzbuch (BauGB) vom Rat der Stadt Schwelm beschlossen. Es dient zukünftig als Grundlage für weitere planerische Entscheidungen im Rahmen der Bauleitplanung und im Baugenehmigungsverfahren.
2. Die Kurzstellungnahme des Büros Stadt+Handel vom 02.04.2012 zur Bewertung von Ansiedlungen auf dem Gelände ehemals Zassenhaus wird als Anlage dem Einzelhandelsgutachten beigelegt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Grundsätze des Einzelhandelskonzepts schrittweise in der Bauleitplanung umzusetzen

Es entsteht eine rege Diskussion im Ausschuss, in deren Verlauf u.a. Herr Philipp (SPD) erklärt, seine Fraktion gehe davon aus, dass im vorliegenden Beschluss der Punkt 2.) gestrichen werden solle. Herr Weidenfeld (Grüne) informiert den Ausschuss darüber, dass sich seine Fraktion der Stimme enthalten werde und dies in der kommenden Ratssitzung erläutern wird. Herr Feldmann (Die Linke.) teilt mit, dass das Einzelhandelskonzept nach seiner Meinung „interdisziplinär“ sein müsse, da es alle Bereiche anspreche. Seiner Ansicht nach ginge es jedoch nur über das Thema „Stadtentwicklung“.

Herr Speckenbach (CDU) signalisiert eine positive Abstimmung seiner Fraktion, um durch die Beschlussfassung Rechtssicherheit zu schaffen.

Die Verwaltung informiert darüber, dass der Rat förmlich die Fortführung des Einzelhandelskonzeptes beschließen muss, damit Rechtssicherheit besteht und die Steuerungsmöglichkeiten der Stadt ansonsten nicht gegeben sind.

Herr Sieker (SWG) verweist auf den Antrag der SWG vom 18.06.2012, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Die Verwaltung weist darauf hin, dass gemäß dem Einzelhandelserlass NRW 2008, Punkt 4.1, Seite 31 ein EH-Konzept vom Rat der Gemeinde nach Abwägung der betroffenen Belange förmlich beschlossen werden **muss**, damit es als städtebauliches Entwicklungskonzept im Sinne des § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB gelten kann. (wie schon auf Seite 4 der SV Nr. 112/2012 dargestellt).

Der Vorsitzende schlägt nun vor, zunächst über die Beschlusspunkte der SV Nr. 112/2012 **e i n z e l n** abzustimmen, da diese die weitergehenden seien. Der Ausschuss erklärt sich damit einverstanden und stimmt sodann wie folgt ab:

Zu **Punkt 1** des Beschlussvorschlages:

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	-
	dafür	8
	dagegen:	7
	Enthaltungen:	2

- mehrheitlich beschlossen -

Zu **Punkt 2** des Beschlussvorschlages:

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	-
	dafür	8
	dagegen:	7
	Enthaltungen:	2

- mehrheitlich beschlossen -

Zu **Punkt 3** des Beschlussvorschlages:

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	-
	dafür	8
	dagegen:	6
	Enthaltungen:	3

- mehrheitlich beschlossen -

Somit ist der Antrag der SWG-Fraktion vom 18.06.2012 abgelehnt.

8 25. FNP-Änderung (Bereich Winterberg) 134/2012

- 1. Aufhebung des alten Satzungsbeschlusses**
- 2. Ergebnis aus der erneuten öffentlichen Auslegung gem. § 3 (2) BauGB**
- 3. Satzungsbeschluss gem. § 10 (1) BauGB**

Beschlussvorschlag:

1. Der vom Rat der Stadt Schwelm in der Sitzung am 29.03.2012 mit der Sitzungsvorlage 048/2012 gefasste Satzungsbeschluss gem. § 10 (1) BauGB für die 25. FNP-Änderung (Bereich Winterberg) wird aufgehoben.
2. Gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) vom 23. September 2004 (BGBl. S. 2414) in der zur Zeit gültigen Fassung sowie der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) vom 14. Juli 1994 (GV NW S. 666) in der zur Zeit gültigen Fassung wird der Satzungsbeschluss (gem. § 10 (1) BauGB) zur 25. FNP-Änderung (Bereich Winterberg) erneut gefasst.
Der dazugehörige Erläuterungsbericht sowie die Informationen zu umweltrelevanten Aspekten (Umweltbericht, Artenschutzprüfung, Schallschutzgutachten, Erläuterungen zur Entwässerung, Verkehrsgutachten) werden als Entscheidungsbe-gründung übernommen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	-
	dafür	12
	dagegen:	3
	Enthaltungen:	2

- mehrheitlich beschlossen -

9 Fragen / Mitteilungen des Ausschusses an die Verwaltung

Herr Speckenbach (CDU) fragt an, ob es bezüglich der Verkehrssituation im Knoten-Taubenstraße / Oehder Weg in jüngster Vergangenheit einen Ortstermin gegeben habe.

Stellungnahme der Verwaltung:

Aufgrund einer Anfrage eines Ausschussmitglieds zur Verkehrssituation in der Taubenstraße (Einrichtung eines Haltverbotes Ende 2010 in der Taubenstraße am Knoten Oehder Weg) hat es im betreffenden Bereich im November 2011 mit den entsprechenden Fachbehörden (Polizei, StEB, TBS, Straßenverkehrsbehörde) und dem Antragsteller und einem weiteren Anlieger einen Ortstermin gegeben. Seinerzeit wurde beschlossen, dass keine Veränderung der bestehenden Verkehrsregelung erfolgen soll. Die Antragsteller wurden entsprechend unterrichtet. Die Straßenverkehrsbehörde ist seitdem nicht mehr mit dem Vorgang befasst worden

Herrn Sieker (SWG) beanstandet, dass seiner Ansicht nach in Schwelm zu wenig für den „Gesamteindruck“ der Stadt getan wird, was nach seiner Ansicht in vielen Fällen

mit kleinstem Aufwand erfolgen könne. Herr Flocke (TBS) weist darauf hin, dass aufgrund der knappen Mittel nur das Notwendigste entsprechend der Prio-Liste durchgeführt werden könne. Da sich die Diskussion nun im Wesentlichen um die vorgenannte Problematik dreht, bittet der Vorsitzende darum, das Thema ausführlich im TBS-Ausschuss zu behandeln.

Auf die Frage von Herrn Hense, ob aufgrund der zurzeit in Schwelm bestehenden und noch vorgesehenen Baustellen diese evtl. optisch kaschiert werden könnten, um vor allem Besuchern einen überwiegend positiven Eindruck der Stadt zu vermitteln. Die Verwaltung sagt zu, diese Frage entsprechend weiter zu leiten.

Weitere Fragen, u.a. zu den den Ausschussmitgliedern übersandten Bildern zur „Brauereibebauung“ werden von der Verwaltung direkt beantwortet.

Herr Weidenfeld berichtet, dass er keine Bilder per Email erhalten habe und bittet die Verwaltung um erneute Versendung per Email. Die Verwaltung sagt dies zu.

Herr Philipp (SPD) gibt seinem Wunsch Ausdruck, dass grundsätzlich künftig darauf geachtet werden solle, dass nicht „**die Politik**“ etwas äußere, sondern „**Personen in der Politik**“. Er verwehrt sich dagegen, von einzelnen Personen der Politik vereinnahmt zu werden.

Herr Lusebrink (CDU) hat Fragen an die Verwaltung:

1. zur Baustelle in der Hattinger Straße. Herr Flocke (TBS) antwortet direkt.
2. zum LKW-Parken entlang der Berliner Straße (B 7). Die Verwaltung sagt Prüfung des Sachverhaltes und entsprechende Berichterstattung zu.
3. erinnert er Herrn Feldmann (Linke.) daran, dass im Stadtgebiet immer noch Wahlplakate der Linken aushängen.

Stellungnahme der Verwaltung zur 2. Anfrage

Die Verwaltung wurde von Herrn Lusebrink (CDU) darauf hingewiesen, dass entlang der Berliner Straße (B 7) trotz LKW-Verbotes häufig LKW parken und die Parkstreifen beschädigen.

Gemäß Mitteilung der Parkraumüberwachung wird in den Bereichen der B 7 Berliner Straße, in denen durch Beschilderung das Parken für LKW untersagt ist, regelmäßig unzulässiges Parken kontrolliert und geahndet. Eine auffällige Häufung von Verstößen konnte hierbei nicht festgestellt werden.

Unterschriften zu den Seiten 1 bis 7 der Sitzungsniederschrift vom heutigen Tage.

Schwelm, den 30.06.2012	Vorsitzender gez. Schier	Schriftführerin gez. Dember
-------------------------	-----------------------------	--------------------------------